

Die „Castroper Zeitung“ ist eine der größten Zeitungen im Ostpreußen. Der Verlag ist in der Hauptstadt der Provinz, Königsberg, am Markt 10, unter der Nummer 100, zu finden. Der Verlag ist in der Hauptstadt der Provinz, Königsberg, am Markt 10, unter der Nummer 100, zu finden.

Castroper



Anzeiger

Die „Castroper Zeitung“ ist eine der größten Zeitungen im Ostpreußen. Der Verlag ist in der Hauptstadt der Provinz, Königsberg, am Markt 10, unter der Nummer 100, zu finden. Der Verlag ist in der Hauptstadt der Provinz, Königsberg, am Markt 10, unter der Nummer 100, zu finden.

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rangefier Neueste Nachrichten

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Gschw. Schmitz), Castro

Bladenhorfer Tageblatt

Amil. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castro und die Ämter Rangefier und Bladenhorf. Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castro, der Ämter Rangefier und Bladenhorf erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 15

Donnerstag, den 30. März

1922

Die Parteien zur Regierungserklärung.

Deutscher Reichstag.

Am Regierungstische Reichskanzler Dr. Wirth und die Reichsminister.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1,20 Uhr.

Die politische Aussprache.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Ein Misstrauensvotum der Deutschnationalen

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Misstrauensvotum eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag billigt das Unannehmbar des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission beschriebenen Antrag auf die Souveränität des Deutschen Reiches. Der Reichstag bemerkt jedoch in der Erklärung des Reichskanzlers die klare und eindeutige Zurückweisung der Forderungen der Reparationskommission auf Schaffung neuer über die jetzt zur Verabschiedung stehenden Steuererlasse hinausgehenden Steuern für Kontributionszwecke. Er bemerkt ferner die Zurückweisung des rechtsverbindlichen und unerträglichen Versuches der Reparationskommission, die ihre Hand für die Zwecke der Kontribution auf das deutsche Privatvermögen legen will. Er bedauert, daß der Reichskanzler sich erneut auf das unerfüllbare Angebot von 720 Millionen Goldmark in Devisen und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen für das Jahr 1922 festgelegt hat. Angesichts der jetzt vor aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll erkannten Politik des Reichskanzlers, wie sie zuletzt in der Note an die Reparationskommission vom 23. Januar zum Ausdruck kam und angesichts des auch noch in der Erklärung des Reichskanzlers zutage getretenen Willens, den falschen und verhängnisvollen Weg weiterzugehen, hat der Reichstag nicht die Illusion, daß es einer von dem gegenwärtigen Reichskanzler geleiteten Reichsregierung gelingen wird, das Reich aus der schweren Lage herauszuführen. Aus diesem Grunde beschließt der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf.

Abg. Marx (Zentr.)

nennt die Note der Reparationskommission einen bedeutenden Marstein in der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes. In dieser Frage sollte der Reichstag einig sein. Leider scheint ein Teil des Reichstages es darauf abgesehen zu haben, wieder eine Kabinettstürme herbeizuführen. (Hört! Hört!) Die Note ist nicht nur unsinnig, sondern ein Verstoß gegen jedes Völkerecht, ein flagranter Bruch der Verträge. In der Steuerbelastung sind wir bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Eine weitere Belastung ist unmöglich. Die Zölle sind bis zum Goldwert gestiegen. Die Lebensmittelpreise werden in Kürze den Weltmarktpreis erreichen. Allein die Ankündigung der Note hat unsere Wälua weiter verschlechtert. Gegen den Eingriff in das Staatsvermögen erheben wir schärfsten Protest. Wir sind Besessene, aber nicht Unfreie, Unterlegene, aber nicht Sclaven. (Beifall.) Eine Bewegung des Ruhrgebietes würde sich die Vergewaltigung nicht gefallen lassen. Wie soll man sparen bei den ungeheuren Kosten der Befragung. Dort wird schändlich viel Geld verschwendet. Die Note erreicht das Gegenteil von dem, was sie wollte. Sie ist ein Beweis für ein Miasma der bisherigen Regierungspolitik. Herr Marx hat keine praktischen Vorschläge gemacht. Eine stillige Ablehnung jeder Erfüllungspolitik wäre das Unmögliche. Erreicht haben wir doch, daß das Reich zusammengefallen wurde. Leider ist der Reichstag auch in dieser Frage nicht so einig, wie es nötig war. Möge in Genua die Vernunft und nicht der Haß Frankreichs regieren.

Abg. Dr. Stresemann (Deutsche Vpt.)

bezeichnet den Brief der Reparationskommission an den Reichskanzler als anmaßend und beleidigend. Dagegen sollte die Regierung auch in ihrem Antwortschreiben formale Verwahrung einlegen. Der Geist der Note muß schärfste Enttäuschung hervorrufen. Wir gehen davon aus, daß die deutsche Wälua nicht genug davon weiß, daß Deutschland die Waffen nicht bedingungslos niedergelegt hat. Konrad Haugmann hat einmal mit Recht gesagt, wenn das deutsche Volk die Waffen niedergelegt hätte, dann würde es niemals die Waffen niedergelegt haben. Den englischen Worten haben die englischen Taten nie entsprochen. Vor Genua weist uns die Note noch in die Zeiten von Versailles zurück. Das ist das Tragische an dieser Note. Nicht immer hat man behauptet, daß man mit der Erfüllungspolitik nur die Abfuhr dieser Forderungen weise wolle. Mit einem gewissen Stolz wies man auf die erste Goldmilliarde hin. Es wäre besser gewesen, wenn die Regierung hier erklärt hätte, daß wir diese Milliarde nicht aus eigener Kraft aufbringen konnten. Ach kenne die Schwierigkeiten. Wir haben

nicht genügend darauf hingewiesen, wie verhältnismäßig das deutsche Reich ist, von dem man diese Zahlungen verlangt. Der deutschnationale Antrag geht von der Ansicht aus, der Kanzler habe sich auf die geforderten Leistungen bereits festgelegt. Diesen Eindruck habe ich nicht. Wenn die Ueberschüsse unserer Industrie reiflos der Entente zufließen, dann verlieren wir die Kraft für den Wiederaufbau unseres Außenhandels. Die Entwertung der Mark zeigt am besten den Niedergang der deutschen Wirtschaft seit dem Kriege. Die deutsche Einfuhr betrug vor dem Kriege 728 Millionen Doppelzentner und sank bis 1920 auf 180 Millionen. Die besten kulturellen Elemente gehen in Deutschland zugrunde. (Beifall.)

Rebner hob dann hervor, daß auch in den sogenannten Siegerstaaten nicht alles Freude und Bäume herrsche, daß auch dort Handel und Wandel stode und Arbeitslosigkeit sich breit mache, kurzum, daß die ganze Welt zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden ist und daß auch das reiche Amerika unter den Nachwirkungen des Krieges leide. Selbst die Schweiz und Holland verzeichnen einen wirtschaftlichen Niedergang. Wenn die Steuerungsverhältnisse uns fortgesetzt aufgezogen wird, dann wird die Wirkung eines solchen Niederganges sich in Deutschland noch ganz anders zeigen als in Österreich. Es darf nicht der Eindruck in Ausland erweckt werden, als ob es eine Ausbeutungskolonie des Weltkapitals werden soll. Wir sollten die Stimme für den Wiederaufbau Deutschlands erheben. (Zustimmung.)

In der Frage der Kriegsschuld ist der italienische Ministerpräsident Nitti ein Beweis dafür, daß man auch auf der Gegenseite anfängt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Er hat erklärt, es wäre lächerlich, Deutschland allein die Verantwortung am Kriege zuzuschreiben und zu bestreiten, daß vor dem Kriege in Europa ein Zustand herrschte, der mit Naturnotwendigkeit zum Kriege führen mußte. (Hört! Hört!) Wir brauchen die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Genua nicht zu scheuen. Die Erfüllung der gegnerischen Forderungen ist unmöglich. Wer keine weitere Entwertung der Mark will, muß sich auch gegen die anderen Leistungen wenden. Der Reichskanzler hat nicht die Erfüllung der 720 Millionen Goldmark und der 1450 Millionen Sachleistungen zugesagt, er hat im Gegenteil darauf hingewiesen, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit ungeheuer vermindert worden ist. Für die Erfüllung ist schon in diesem Jahre eine ausländische Anleihe notwendig.

Das Programm von Genua

hat zwei Hauptpunkte: Die Schaffung einer sicheren Grundlage für den Wiederaufbau und wirtschaftlicher Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas. Die Durchführung dieses Programms ist nur möglich in einem gegenseitigen Vertrauen. Die Fortsetzung der bisherigen Politik Deutschlands gegenüber ist damit unvereinbar. Aber auch die Erfüllungspolitik im bisherigen Umfang ist unmöglich. Die Forderungen würden eine völlige Zerstörung der deutschen Mark mit sich bringen. Das Steuerkompromiß stellt die letzte Grenze des Möglichen dar. Bedauerlich ist die Festlegung des Kanzlers auf die Erfüllungspolitik. In dem Bemühen um Abkommen und dem Abkommen mit Frankreich über die freien Sachleistungen liegen schwere Gefahren für unsere Wirtschaft.

Dem, was der Reichskanzler gegen den Eingriff in die deutsche Souveränität gesagt hat, stimmen wir durchaus zu. Das Nein der Regierung gegenüber diesen unerhörten Forderungen war deutlich genug. Der Kampf um die

Frage der Zweckmäßigkeit der Erfüllungspolitik ist jetzt nicht am Platze. Dadurch würde das Nein der Regierung abgeschwächt und damit die erste Ueberschreitung, mit der es ausgesprochen wurde. Wenn dieses „Nein“ eine große internationale Diskussion über den Wiederaufbau Europas bringt, dann ist wenigstens die Grundlage für eine spätere Einigung Europas gegeben. Man sollte die Hoffnung aber nicht nur auf das Ausland setzen, sondern vor allem auf sich selbst. Alle Parteien, die jetzt hinter diesem „Nein“ stehen, sollten auch dabei bleiben, um damit die Voraussetzungen für einen guten Erfolg der Verhandlungen in Genua zu schaffen.

Reichsaussenminister Dr. Rathenau

erinnert daran, daß in Cannes den deutschen Vertretern Gelegenheit gegeben wurde, den deutschen wirtschaftlichen Standpunkt darzulegen. Die deutschen Ausführungen konnten nicht überlegt werden. Jetzt soll Deutschland zum ersten Male an einer Weltkonferenz als gleichberechtigter Teilnehmer. Schon in Cannes ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Devisenzahlungen von 31 Millionen Goldmark nur für kurze Zeit möglich seien, wenn nicht die deutsche Wälua auf das schwerste gerettet werden soll. Es erfolgte dann das Bemühen um Abkommen. Die Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März hat jeden in der Welt enttäuscht, der einen weltlichen Frieden erpöbte. Eine Aenderung in der allgemeinen Lage ist durch den Regierungswechsel in Frankreich eingetreten.

Poincare nahm den Kampf gegen England auf mit dem Verbot, die Reparationen in Genua zur Sprache zu bringen. Dieser Konferenz wurde so das Herz gebrochen. Als Georges Clemenceau begann zu sprechen, in dem Augenblicke, da die französische Wälua

litt durch. Auf uns aber fiel ein Hagel von Noten nieder, in zwei Monaten etwa 100 Stück. (Hört! Hört!) Die Behörden wurden durch die Beantwortung dieser Noten geradezu lahmgelegt. Es liegt etwas Tragisches darin, daß die stärkste Militärmacht der Welt dauernd den Angriff des entworfenen Deutschlands fürchtet. Bedauerlich ist die Note wegen der Schutzpolizei. In unserem Lande mit geschwächter Staatsgewalt müssen wir für Ruhe sorgen. Das ist nur möglich bei starker Polizeigewalt. Es gibt keinen Weg, daß ein dauernd mit passiver Zahlungsbilanz arbeitendes Volk dauernd Goldzahlungen leisten kann, ohne daß die Wälua sinkt. Wir haben in Cannes beobachtet, daß Deutschland heute schwerer belastet ist, als alle anderen Länder der Welt. Die Reparationen der letzten Jahre belaufen sich auf 1 1/2 Milliarden Goldmark. Das ist eine Jahresarbeit von einer Million deutscher Arbeiter. Infolge des Niederganges unserer Landwirtschaft müssen wir für zwei Milliarden Goldmark Lebensmittel einführen.

Das ist eine starke Belastung. Es ist unrichtig, wenn das Ausland von unserer angeblich blühenden Industrie spricht. Hat eine Gesellschaft 100 Millionen Aktienkapital und zahlt sie 20 Proz. Dividende, so hat sie bei dem Goldwert des Kapitals immer nur 1/4 Proz. gezahlt.

Die Ententnote ist aus Trugschlüssen entstanden. Unter großer Bewegung des Hauses stellt der Minister fest, daß das deutsche liquidierte Eigentum im Auslande einen Wert von 11,7 Milliarden hat, die ausgelieferte Flotte von 5,7, das Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten von 6,5, das übergebene Eisenbahnmateriale von 2 Milliarden Goldmark. Die Rückkaufgüter nicht militärischer Art machen 5,8 Milliarden Mark aus, die Ansprüche gegen unsere Kriegsverbindeten und der Wert der Saargruben 1,1 Milliarden, die Kohlenlieferungen 1,3 Milliarden, die Reparationen in Sachleistungen 1,3 Milliarden Goldmark. Dazu kommen die kleinen Posten in Höhe von 2,3 Milliarden. Wir kommen somit zu einer Gesamtsumme seit Kriegsende von 45,6 Milliarden Goldmark (schwere Bewegung), ohne den Wert der Kolonien und den politischen Wert Österreichs und Ostpreußens. Dadurch würde die Summe auf

weit über 100 Milliarden Goldmark

erhöht werden. (Hört! Hört!) Das muß dem Auslande gesagt werden, das immer noch sagt, Deutschland hat nichts bezahlt. Hier liegt die stärkste Leistung vor, die jemals von einem Volke an andere geleistet worden ist. (Hört! Hört!)

Das entlassene Deutschland steht einem Europa gegenüber, das von Waffen starrt.

Vor dem Kriege gab es in Europa 3,7 Millionen Soldaten, jetzt 4,7 Millionen. (Hört! Hört!) Da kann man nicht von einem kriegsbereiten Deutschland sprechen. Deutschland ist halb verhungert aus dem Kriege hervorgegangen infolge der über das Kriegsende verlängerten Wälua. Dann haben wir eine Revolution durchgemacht und wirtschaftliche Krisen, die noch nicht beendet sind. Die Geldentwertung hat Elend in alle Schichten des Volkes getragen. Die Welt muß sich endlich entschließen, die deutschen Verhältnisse so zu sehen, wie sie wirklich sind. Der Wahrheitsstrom muß seinen Weg um die Erde machen. Die Tür zu Verhandlungen ist nicht zugeschlagen.

Wir brauchen einen anderen Zahlungsplan.

Wir wollen nach Kräften beitragen am Wiederaufbau der Welt. Am Wiederaufbau Deutschlands müssen wir auch mitarbeiten. Sindiale können nützlich sein. Versprechungen finden bereits statt. Alle Staaten müssen sich bereitstellen zu einer Sanierungsaktion der Welt. Deutschland aber bedarf einer Atempause durch eine auswärtige Anleihe. Es wäre falsch, auf das Ausland alle Hoffnungen zu setzen. Amerika ist europamächtig und glaubt, die amerikanische Ausfuhr betrage nur 5 Proz. der Produktion. Sie muß aber auf 20 bis 25 Proz. geschätzt werden. In Washington soll uns Geheimrat Wiesbeck vertreten. Hoffentlich wird auch seine Tätigkeit Erfolg zeitigen. Österreich bringen wir herzlichste Interesse entgegen. Deutschland verlangt von niemand in der Welt Mitleid. Es fordert aber die Aufstellung eines Arbeitsplanes und Mitwirkung beim gemeinsamen Wiederaufbau. Wir kämpfen für die Einheit des Reiches, für den Frieden und den Aufbau. Dieses Ziel ist uns allen gemeinsam. Davon wird sich niemand in diesem Hause ausschließen. Darum wollen wir dieses Ziel auch in Eingetigkeit verfolgen. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Unabh.)

betont, daß auch in den Kreisen seiner Partei die Note stärksten Anstoß hervorgerufen habe. Leider haben die bürgerlichen Parteien das Feuer der Erregung geoffen. Dr. Rathenau hat die Offenlichkeit in Cannes so optimistisch unterrichtet. Durch den Ton und die Methode der Note werden nur die Chauvinisten gestärkt. Der Redner richtet heftige Angriffe gegen die bayerische Regierung, die gegenrevolutionären Elementen Aufnahme gewährte. Die Mörder Erzbergers kamen aus München und auch die Mörder des Russen Radukofo, aus diesem Capua der Gerechtigkeit. Dr. Rathenau sollte auch an die Gegenrevolutionäre denken, wenn er von der Aufrechterhaltung der Ordnung spricht. Der Redner erklärt, seine Fraktion habe bisher die auswärtige Politik der Regierung Wirth un-

terstützt, ein Konflikt sei aber unausweichlich, wenn nach den gestrigen Worten des Reichskanzlers die Erfüllung in erster Linie auf Kosten der Arbeiter vollzogen werde.

Abg. Dr. Haas (Dem.)

nennt die Note einen schweren Verstoß gegen den Geist einer ehrlichen und dauerhaften Demokratie. Sie ist ein Meißelstein um das deutsche Wirtschaftsleben noch mehr zu zerschlagen und die Reparationszahlungen unmöglich zu machen. Ein unerträglicher Geist kommt darin zum Ausdruck. Daß wir die 720 Millionen nicht zahlen können, wissen die Herren von der Entente so gut wie wir. So viel Gold ist nicht da, also können die Zahlungen nur geleistet werden aus den Erträgen unserer Wirtschaft. Die Steuerwilligkeit des deutschen Volkes ist schon geringer geworden infolge der großen Kosten. Im Mittelstand haben schon die Kinder kein Hemd mehr auf dem Beibe. Unsere Industrie ist fast beschäftigt, aber die Einkünfte reichen nicht einmal dazu aus, die notwendigen Rohstoffe wieder einzukaufen. Wenn der deutsche Arbeiter hungert, so ist das eine große Gefahr auch für Frankreich. Unser kleines Heer müssen wir erhalten, damit wir nicht jedem allerersten Nachbarn ausgeliefert sind. Nicht mit Reich, sondern mit Energie und Bemühen muß unsere Regierung arbeiten. Für alle europäischen Länder sollte es nur eine Aufgabe geben, die Rettung Europas vor dem wirtschaftlichen und kulturellen Untergang.

Die Aussprache wird darauf abgebrochen.

In dritter Lesung wird noch angenommen das Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisationsverordnung.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung. Vorlage über den Reichshaushalt. Ergänzung des Besoldungsgesetzes. 3. Lesung der Steuerentwürfe.

Schluß gegen 7 Uhr.

Pressstimmen zur Kanzlerrede.

Berlin, 29. März. Der Berl. Lokalanl. überreicht seinen Kommentar zur gestrigen Kanzlerrede: „Die Ablehnung Dr. Wirths. — Scharfe Worte gegen die Vermutungen des Feindbundes. — Es soll weiter erfüllt werden.“ Das Blatt kommt zu dem Schluß: Wer nicht so bedingungslos hoffen kann, der kann auch kein Verständnis für die Politik Dr. Wirths haben, und wir müssen gestehen, daß wir uns außerstande fühlen, jenes Opfer an Einsicht zu bringen, das die Voraussetzung für die Ausführungen Dr. Wirths ist.

Das „Berliner Tageblatt“ hebt das klar Reine und den starken Eindruck der Kanzlerrede hervor.

Der „Tag“ schreibt ironisch: Wer keine Hoffnung hat, der soll die Finger von der Politik lassen, ahnt unser Zeus. Vortrefflich, vortrefflich! Dieses Wort des Kanzlers ist unser Trost. Wer nun Poincare läßt wallen und hoffet auf ihn alle Zeit, den wird er umwerder erhalten in aller Not und Trübsal.

Der „Vorwärts“ bemerkt: Eine Anekdote des Regierungschefs pflegt sonst eine Sache zu sein, die der Innen- und Außenpolitik des Landes neue Wege zu neuen Zielen weist. Wenn in Deutschland jedoch eine Regierungserklärung auf der Tagesordnung des Reichstages steht, die ausländische Diplomaten und Journalisten in großer Zahl anlockt, so ist sie gemeinhin der Verteidigung und Abwehr gegen neue unumgängliche Forderungen der militärischen Sieger gewidmet. Unter diesem trüben Stern steht auch die Rede, die Reichskanzler Wirth gestern im Reichstage halten mußte.

Die „Deutsche Zeitung“ spricht über Wirths bedingtes Nein und meint, seine Stärke liege in der Klage, und geklagt hat er gestern, daß es selbst Herrn Poincare jammern konnte.

Die „Zeit“ erklärt, dem Nein der Ablehnung und dem Willen der Selbstbehauptung soll sich die Reparationskommission die Zähne krummen. Je einmütiger diese Willensäußerung ist, umso mehr besteht die Hoffnung, daß man sich eine Auslegungspause bis Genua gönnt, und daß in Genua vielleicht doch noch der Wind umschlägt.

Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt: Das erste Nein! sagt aber hinzu: Der Kanzler nimmt zu viel von seiner Tapferkeit schon im ersten Anlauf zurück. „Wir erheben Einspruch, immerhin aber wollen wir über die Sache reden.“ Wir stellen die Unmöglichkeit fest, immerhin aber wollen wir weiter an Unmöglichkeit arbeiten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor: Zu spät zu wenig und zu schwach.

Die „Germania“ spricht dagegen von einer klaren Antwort Wirths und meint, man dürfe nicht nur in ganz Deutschland auf einen zustimmenden Widerhall rechnen.

Das Spiel

mit der Befragung des Ruhrgebietes.

Paris, 29. März. Der Senat setzte gestern nachmittags die Beratung des Budgets der von Deutschland verlangten Ausgaben fort. Im Laufe der Debatte sprach der ehemalige Finanzminister Francois Mariat, der Friedensvertrag von Versailles habe weder das

von verschiedenen Seiten Anderräumung einer geheimen Sitzung verlangt wurde, verließ das Publikum die Tribünen; die geheime Sitzung begann.

Dadas glaubt über den Teil der gestrigen Senats- sition, während dessen die Öffentlichkeit ausgeschlos- sen wurde, folgendes mitteilen zu können: Der Se- nator Francois Marfal habe in der Fortsetzung seiner Rede daran erinnert, in welchem Verhältnis die deut- sche Kohle unter den Alliierten verteilt werden sollte. Angesichts der Versäumnisse Deutschlands habe die fran- zösische Regierung eine eventuelle Befreiung des Ruhr- gebiets durch die Alliierten in Erwägung gezogen, sei- der gleich von vornherein auf den Widerstand von Lloyd George gestossen, der erklärt habe, jede Allianz zu brechen und das Unterhaus mit dem Streitfall zu be- fassen. Am folgenden Tage habe Marfal erklärt, er habe seinen Standpunkt aufrecht und unter diesen Verhältnissen werde Frankreich genötigt sein, allein das große Gebiet zu besetzen. Angesichts dieser Drohung habe Lloyd George mitgeteilt, England werde sich an der Befreiung beteiligen. Aber Lloyd George stellte Bedingungen, von denen die wichtigste die Befreiung der deutschen Kohle zum wirklichen Marktpreis war. Die französische Regierung wies darauf hin, daß nach diesem Tarif der französische Verbraucher einen Teil der englischen Steuern bezahlen würde, da 80 Prozent des übermäßigen Gewinnes des englischen Handels an das britische Kohlenamt zu zahlen wären. Lloyd Ge- orge hielt trotzdem an seinem Standpunkt fest. Hierauf schlug der italienische Außenminister Graf Spjorja eine Vermittlung vor, der zufolge der Ueberschuß der deut- schen Kohle, die so an Frankreich geliefert werde, als ein Deutschland gewährter Ueberschuß zu betrachten sei. Dieser Vorschlag wurde angenommen und diese Vorschläge haben sich auf 380 Millionen belaufen. Hier- auf wurde die Öffentlichkeit der Senatsverhandlungen wiederhergestellt. Das bemerkt, daß die Ausführun- gen des damaligen Ministers mit großer Aufmerksam- keit angehört wurden.

Reparation und Außenhandels- statistik.

Die neueste Note der Reparationskommis- sion, die den Dollar an der Berliner Börse auf 330 Mark emporschnellen ließ, hat in den Krei- sen der englischen Industrie lebhafteste Besorgnisse hervorgerufen. Man sagt sich, daß Deutschland die neuen Forderungen, wenn überhaupt, nur durch eine unabweisbare Ausdehnung seines Außen- handels erfüllen kann. Das geschähe aber, wie die Dinge nun einmal liegen, in der Hauptsache auf Kosten Englands.

Die Entente hat nach Friedensschluß ihre Märkte dem deutschen Handel nach Möglichkeit verschlossen. Obgleich den Konsumenten der Entente- länder durch den starken Rückgang des Marktpreises ein großer Anreiz zum Besuche deutscher Waren geboten wurde, hat man es durch eine geschickte Dumping-Mitigation und Dumping-Gesetzgebung verstanden, den meisten deutschen Erzeugnissen die Ententemärkte zu verschließen. Vor dem Kriege spielten die Län- der der Entente für den deutschen Export eine hervorragende Rolle. Im Jahre 1913 gingen, dem Werte nach, 31,4 % der deutschen Ausfuhr- waren nach den alliierten Staaten, im Jahre 1921 nur noch 16,2 %. Der deutsche Export nach England betrug allein im Jahre 1913 14,2 Prozent unserer Gesamtausfuhr, 1921 dagegen nur noch 6,1 %. Zurückgegangen ist ferner der deutsche Handel mit Rußland und den ehemals russischen Gebieten, einschließlich Polens. 1913 betrug der russische Handel 9,7 % unserer Ex- ports, 1921 gingen nach Rußland, Polen und den anderen selbständig gewordenen Oststaaten zusammen nur 5,1 %. Ebenso ist auch die Aus- fuhr nach Amerika von 8,2 auf 7,2 % zurückge- gangen. Der Ausfall ist hauptsächlich durch eine gewaltige Vermehrung des deutschen Exports nach den im Kriege neutral gebliebenen Staaten gedeckt worden. Dortbin gingen nämlich im Jahre 1913 nur 20,3 % unserer Exports, im Jahre 1920 aber nicht weniger als 45,9 % und im Jahre 1921 noch immer 36,9 %. Hier kommt in erster Linie Holland in Frage, das allein 17,2 % des deutschen Handels aufnimmt, denn die skandinavischen Staaten und die Schweiz. Etwa gleich geblieben ist die deutsche Ausfuhr nach Österreich-Ungarn und dem Balkan, ein- schließlich der vielen auf dem österreichisch-unga- rischen Boden neu erstandenen Staaten, sowie auch der Handel nach außereuropäischen Län- dern.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der deutsche Außenhandel sich notgedrungen vielfach ganz neue Wege hat suchen müssen. Er hat da- bei die Vermittlung holländischer, skandinavi- scher und schweizer Zwischenhändler in An- spruch nehmen müssen, die natürlich erhebliche Zwischenverdienste erzielt haben. Trotzdem haben die Klagen der Engländer und Amerikaner über deutsche Dumping-Konkurrenz nicht aufgehört. Andererseits haben die maßgebenden englischen Finanzkreise von vornherein auf dem Stand- punkt gestanden, daß Deutschland nur die Ueber- schüsse seiner Ausfuhr zur Befriedigung seiner Re- parationsschuld verwenden könne. Wenn jetzt die Entente einerseits unerhörte Zahlungsfor- derungen stellt, die zwar durch neue Steuern aufgebracht werden sollen, aber schließlich doch eben nur aus Exportüberschüssen befriedigt wer- den könnten, und wenn andererseits die Entente- länder, die 1913 31,4 Prozent der deut- schen Ausfuhrwaren abnahmen, sich weiter dem deutschen Handel verschließen, so liegt hierin ein unerklärlicher Widerspruch. Der deutsche Außen- handel ist hauptsächlich infolge des Abschlusses der Entente-Verträge, in seiner absoluten Menge wie auch dem Geldwert nach gegen die Vor- kriegszeit sehr erheblich zurückgegangen. Für jeden Wirtschaftspolitiker bildet daher das Ver- halten der Entente-Verträge angeht, solcher Klarer, statistisch leicht erweisbarer Tatsachen ein Rätsel, das bisher noch niemand zu lösen ver- mocht hat.

Aus dem Reiche.

Politisches Attentat in Berlin.

Berlin, 29. März. Gestern abend wurden in der Wilhelmstraße nach einem Vortrag des aus Paris ge- kommenen russischen Professors Witschur mehrere Re- volverschüsse auf Witschur gefeuert, die jedoch nicht ihn, sondern den Chefbedienten der Berliner russischen demokratischen Zeitung „Ruf“ trafen. Die Täter sind zwei junge Leute, von denen der eine schoß, während

Französische Einmarschvorbereitungen?

Paris, 29. März. Meldungen, die aus dem be- setzten Gebiet und über dieses aus dem inneren Frank- reich kommen, lassen erkennen, daß die Franzosen mili- tärische Maßnahmen zu treffen scheinen, die sich nur gegen Deutschland richten können. In der Gegend von Trier und Koblenz sind Quartiermacher der französischen 11. und 13. Infanteriedivision aus Ranch und Epinal eingetroffen. Sie erzählten, daß ihre Truppenteile in ihren Garnisonen Befehl zur erhöhten Alarmbereitschaft erhalten hätten und daß angeblich an der Mosel eine neue französische Truppe unter dem Kommando des Generals Videlon gebildet werden soll. Gleichzeitig damit seien Anweisungen aus Paris eingetroffen, die im März zur Entlastung stehenden Jahresschiffe 1921 zunächst nicht zu entlassen und alle Vorbereitungen zu einer schnellen Einziehung der Jahresschiffe 1918 zu treffen, um die einzelnen Truppenteile schnell auf Kriegsstärke bringen zu können.

Ein belgisches Liquidationsultimatum.

Brüssel, 29. März. Im letzten Jahre hatte der Mi- nisterrat beschlossen, die Ausführung des vom Parla- ment angenommenen Gesetzes über die Liquidierung des belgischen deutschen Eigentums in Belgien vorläufig aufzuschieben in Erwartung des Ergebnisses der deutsch-belgischen Verhandlungen bezüglich der Ueber- nahme der 6 Millionen deutscher Reichsmark durch Deutschland, welche nach der Räumung Belgiens dort zurückgelassen worden waren. Diese Verhandlungen haben jedoch noch nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. „Nation Belge“ meldet nun, daß die belgische Regierung beabsichtige, an Deutschland eine Art Ulti-

matum zu stellen und nach Ablauf der gesetzten Frist zu einer allgemeinen Liquidation des deutschen Eigen- tums überzugehen. Eine neue Kanzerlerkrise? Berlin, 30. März. Im Reichstage ist die Aussprache über die Regierungserklärung zur Reparationsnote gestern nicht zu Ende geführt worden. Am heutigen Donnerstag sollen noch die Redner der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten zu Worte kommen. Dann wird über das von den Deutschnationalen einge- brachte Mißtrauensvotum abgestimmt werden. Dafür wird sich eine Mehrheit nicht ergeben, nachdem auch die Deutsche Volkspartei sich entschlossen hat, sich der Stimme zu enthalten. Die Deutsche Volkspartei hat jedoch dem Reichstagsrat mitteilen lassen, daß sie auch für ein von den Regierungsparteien eingebrachtes Vertrauens- votum nicht stimmen werde. Der Kanzler hat darauf erwidert, er sei der Meinung, daß eine solche Regierung, die nur von einem abgelehnten Mißtrauensvotum lebe, nicht lebensfähig sei und daß er deshalb auf einem Vertrauensvotum bestehen müsse. Eine endgültige Ent- scheidung hat sich der Reichstagsrat bis zur Rücksprache mit den Führern der Regierungspartei vorbehalten.

Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Berlin, 30. März. Der von den deutschnationalen Fraktion eingebrachte Mißtrauensantrag billigt zwar das Unannehmbar des Kanzlers, bebauert jedoch, daß die Reichsregierung sich erneut auf die Erfüllung des Angebots von 720 Millionen Goldmark in Devisen und 1450 Millionen Goldmark aus Sachleistungen für das Jahr 1922 festgelegt hat. Angesichts des Willens der Reichsregierung, vorweg weiter zu zahlen, müsse der Reichstagsrat der Reichsregierung das Vertrauen verjagen.

Die Konferenz von Genua.

Schanzer über Genua. London, 29. März. In einer Unterredung mit Pressevertretern äußerte der italienische Außenminister Schanzer während seines gestrigen Besuchs in London, er hoffe ernstlich, daß die Genuaer Konferenz nicht unnötig lange ausgedehnt werde. Ein Monat wäre nach seiner Ansicht völlig ausreichend, besonders, da die Führer der einzelnen Staaten unnötig länger von ihrer Hauptstadt fernbleiben könnten. Schanzer drückte seine Ansicht dahin aus, daß die kommende Konferenz ebenso fruchtbringend wie notwendig wäre. Vor dem Kriege konnten internationale Fragen zwischen den einzelnen Staaten durch gewöhnliche diplomatische Me- thoden geregelt werden. Seit dem Kriege aber habe die Methode der Konferenzen an diese Stelle treten müssen. Es wäre wesentlich, daß eine Konferenz ab- gehalten würde, an der alle Staaten, festgelegt wie die Ereignisse an demselben Tische, auf dem gleichen Boden verhandelten. Minister Schanzer teilte weiter mit, den Vorsitz der Konferenz werde Ministerpräsident de Facta führen. Es würden alle Maßnahmen getroffen werden, um eine Störung der Beratungen unmöglich zu machen. Die russischen Delegierten würden mit der größten Achtung empfangen werden. Er glaube übei- gens nicht, daß sie nach Genua kommen, um politische Propaganda zu machen, sondern mit dem aufrichtigen Wunsch, die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas zu fördern.

Rücktritt Lenins?

Die Gerüchte, daß Lenin wegen seiner Er- krankung von seinem Posten zurückgetreten sei, behaupten sich trotz aller Dementis der Sowjet- regierung mit solcher Hartnäckigkeit, daß man mit dem tatsächlichen Verschwinden einer der markantesten Persönlichkeiten von der Bühne der Weltpolitik ernsthaft rechnen muß. Das Ver- streben der Sowjetregierung, die internationale Öffentlichkeit über den Ernst der Erkrankung ihres bisherigen Oberhauptes so lange wie möglich hinwegzuführen, beweist am besten, welche Bedeutung sie selbst einem solchen Verlust beilegt. Aber nicht nur Sowjetrußland, son- dern auch alle Kreise in den kapitalistischen Staaten, die mit einem baldigen Wiederantritt Lenins in die Weltbühne zurückkehren, haben Ursache, gerade in dieser kritischen Epoche Lenins mit Bedauern aus dem öffentlichen Leben scheiden zu sehen. Von allen leitenden Staats- männern in der russischen Republik ist Lenin der einzige, der weit über die Kreise der kom- munistischen Kreise hinaus sich einer großen Achtung und sogar Beliebtheit erfreuen konnte. Im besonderen wurde ihm stets ein intimes Verständnis für die Psychologie des russischen Bauern nachgerühmt, und in der Tat erwies er sich unermüdlich in dem Bestreben, die Erzeugnisse der Sowjetregierung von Unbekanntheiten bei ihren Eingriffen in die landwirt- schaftlichen Verhältnisse und Rechtsverhältnisse zu warnen. Daß seine Warnungen von kommunistischen Fanatikern in den britischen Sowjet- ländern immer wieder in den Wind geschlagen wurden und dadurch die bäuerlichen Wirtschaften derart zerrüttet und lahmgelegt wurden, daß die landwirtschaftliche Produktion von Jahr zu Jahr zurückging, ist nicht seine Schuld. Schon seit langer Zeit galt Lenin auch als der Haupt- verfechter jener gemäßigten Richtung in der all- russischen kommunistischen Partei, die mit der Einleitung der „neuen Wirtschaftspolitik“ schließlich zum Siege gelangte, nachdem die Me- thoden der Radikalfürer zu einem völligen wirt- schaftlichen Bankrott geführt hatten. Da die Grundzüge des neuen Kurses innerhalb der Partei noch heftig umstritten werden, so liegt aller Grund vor zu befürchten, daß ein völliges Ausweichen Lenins aus der Sowjetregierung zu Rückfällen in die alten Wabnen rückwärtsloser Klassenkampfpolitik führen könnte. Von keinem anderen Vertreter Sowjetrußlands läßt sich auch auf der Genuaer Konferenz erwarten, daß er mit gleicher verhältnismäßiger Objektivität wie Lenin die tiefen Gegensätze zwischen der Räte- republik und den kapitalistischen Staaten über- brücken helfen könnte, umso weniger als keiner so wie er im eigenen Lande über die nötige Au- torität für die Geltendmachung von Entschlie- sungen von großer Tragweite in den West- ländern zum Ausdruck vermag.

Das englische Echo der Kanzerlerrede.

London, 29. März. „Befürworter Gazette“ schreibt, die Antwort Witschurs, daß die Erfüllung der neuen For- derung der 60 Milliarden unmöglich sei und die Kon- trolle der deutschen Finanzen sich mit der Etre eines souveränen Staates nicht vereinbaren lasse, sei un- merklich gewesen. Deutschland sei nicht in der Lage, die ihm gestellten Forderungen zu erfüllen. Früher oder später würden die Nationen auf die nackte Wahr- heit stoßen, daß der Plan, Großes und Unbegrenzes von Deutschland zu verlangen, von Anfang an zum Miß- ratum zu stehen und nach Ablauf der gesetzten Frist zu einer allgemeinen Liquidation des deutschen Eigen- tums überzugehen.

Kampf auf Leben und Tod.

Paris, 29. März. (Abendblätter.) Ueber die Rede Witschurs schreibt der „Gaulois“, man gewinnt den Ein- druck, als ob ein Kampf auf Leben und Tod bevorsteht zwischen Frankreich, das nicht länger warten will und dem Deutschen Reich, das seine Kräfte nicht aufmachen will. Sei es nun, daß der Kanzler sich mit Mostau verständigt habe, oder daß er auf die Uneinigkeit zwi- schen den Alliierten rechnet wegen der Reparations- frage, die auf der Konferenz von Genua erörtert wer- den soll. Jedenfalls hat Frankreich allen Anlaß, auf der Hut zu sein.

Die englische Echo der Kanzerlerrede.

London, 29. März. „Befürworter Gazette“ schreibt, die Antwort Witschurs, daß die Erfüllung der neuen For- derung der 60 Milliarden unmöglich sei und die Kon- trolle der deutschen Finanzen sich mit der Etre eines souveränen Staates nicht vereinbaren lasse, sei un- merklich gewesen. Deutschland sei nicht in der Lage, die ihm gestellten Forderungen zu erfüllen. Früher oder später würden die Nationen auf die nackte Wahr- heit stoßen, daß der Plan, Großes und Unbegrenzes von Deutschland zu verlangen, von Anfang an zum Miß- ratum zu stehen und nach Ablauf der gesetzten Frist zu einer allgemeinen Liquidation des deutschen Eigen- tums überzugehen.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Der Tiefenbagger „Fürst Bismarck“, der be- kanntlich in England ausgeliefert werden soll, veriet bei Rügenland wegen niedrigen Wasserstandes der Elbe auf Grund.

Die Anschlußbewegung an Bayern im Sonneberger Lande macht weitere Fortschritte.

In den Direktionsbezirken Elberfeld und Essen sind umfangreiche Gepäckdiebstähle aufgeklärt worden. Man hat bereits eine aus mehreren Personen bestehende Diebesbande ermittelt und festgenommen.

Die Einzelbesprechung der Refforts über die Frage der Genuaer Konferenz ist nunmehr abge- schlossen. Heute oder morgen tritt das deutsche Reichs- kabinett zur ersten Besprechung der Materie zusammen und wird bei dieser Gelegenheit auch die Personalfrage erörtern.

Man hat in Paris den Eindruck, daß die englische Regierung, d. h. Lloyd George, sich nicht an die Vereinbarungen von Vologne zu halten ge- denke und offenbar beabsichtige, nicht nur die Frage der Abrüstungen, sondern namentlich auch die Frage der Reparationen, sowie die Frage der Interpretation der Friedensverträge vor das Forum des Genua zu tragen.

Französischerseits hält man daran fest, daß alle Fragen der Entlastung, der Reparation und der Auslegung der Verträge aus der Diskussion ausgeschal- tet werden müssen. Sollte sich die Konferenz bereithat glauben, diese Gegenstände zu behandeln, so sei zu be- fürchten, daß Frankreich sich veranlaßt sehen könnte, seine Delegation zurückzuziehen, wie Poincare bereits verschiedentlich andeutete.

Das Cablogramme erzählt, daß Schanzer vor sei- ner Abreise nach London von Poincare ersucht worden ist, bei dem englischen Premierminister auf Zulas- sung des Völkerbundes zur Genuaer Kon- ferenz hinzuwirken. Poincare lege großen Wert dar- auf, Schanzer hat aber ebenso wenig Glück gehabt wie seinerzeit Venetisch.

Der Staatsanwalt zur Schuldfrage im Mudraprozess

Die Begründung des Strafantrags.

In der heutigen Verhandlung im Mudraprozess wurde nach der Vernehmung eines nachträglich ge- ladenen Zeugen die Beweisaufnahme geschlos- sen. Ein in letzter Stunde von Mudra gestellter Be- weisantrag, auf Leitung eines ehemaligen Offiziers vom Kölner Wehrdienst, der sich zuletzt in Wien auf- gehalten haben soll, wurde vom Gericht abgelehnt. Es erhielt dann das Wort zur Schuldfrage der Erste Staatsanwalt Wollfsohn. Der Staatsanwalt führte u. a. folgendes aus: „Wenn es im Laufe der unman- geln Verhandlung nicht gelungen ist, alle Geschäfte in allen Einzelheiten reiflich aufzuklären, so ist das darauf zurückzuführen, daß mehrere Zeugen, um Mu- dra zu schonen, vieles verschwiegen haben, was sie wissen. Trotzdem ist die

Grundlage der Anklage unerschütterlich

geblieben. Die Hauptverhandlung hat vor allen Din- gen unmissverständlich nachgewiesen, daß mit den Geldern des Molen Kreuzes ein unerhörter Mißbrauch getrieben worden ist. Es ist erwiesen, daß in der unglaublichen Weise verschwendet und veruntreut worden ist. Ich will nicht behaupten, daß die Herren vom Berliner Zentralkomitee, die innerhalb 9 Monate nicht weniger als 10 Millionen Mark dem Angeklagten Mudra zu- stecken ließen, ihre Pflicht erfüllt haben und sich ihrer Verantwortung nicht bewußt gewesen sind. Aber eins muß ich doch behaupten, und das ist durch die Haupt- verhandlung einwandfrei nachgewiesen worden, daß im Berliner Zentralkomitee ein großer Mangel an Ge- schäftsfähigkeit herrschte, daß die Herren vor al- len Dingen verabsäumt haben, Einblick in Mudras Tätigkeit und Bücher zu nehmen und daß sie einem Mann wie Mudra mit derartigen Vollmachten aus- gestattet haben, von denen selbst der Leiter des Molen Kreuzes, Herr v. Rothenhan erkannte war, als er sich der Bedeutung dieser Vollmachten bewußt wurde. Wenn innerhalb 9 Monaten nicht eine gründliche Revision vor- genommen worden ist, dann darf man nicht mit dem Einwand kommen, daß von Mudra keine Abrechnung zu erhalten war. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Mudra ist zweifellos ein hervorragendes Organisati- onstalent, aber er ist erfüllt von unbegreifbarem Egoi- zismus, der ihn anreizt, in den brennendsten und besten Fällen zu verfehlen. Er hat mit großem Scharfsinn, der ihm eigen ist, das Molen Kreuz als Sprungbrett benützt, um sich eine hervorragende Stellung zu ver- schaffen. Er hatte ein Bankkonto Ernst Mudra einge- richtet, dem die reichen Geldmittel des Molen Kreuzes zugeführt wurden. Ueber dieses Konto sind, wie fest- gestellt worden ist, private Gelder, die Mudra gehabt haben soll, nicht gelassen. Aus diesem Konto aber, das ausschließlich Molen-Kreuzgelder enthielt, sind die Mittel genommen worden, die Mudra für seinen Bri- dardbedarf notwendig hatte. Vor allen Dingen macht die Anklage ihm auch zum Vorwurf, daß er das be- kannte Zigarettengeschäft mit Geldern des Molen Kreu- zes in Höhe von 1.800.000 Mark getätigt hat. Und dieses Geschäft war, wie die Verhandlung ergeben hat, ein reines Privatgeschäft Mudras. Wenn man alle Po- sten abzieht, die unter Umständen als Verluste des Molen Kreuzes anzuführen sein könnten, so bleiben im- merhin noch über 2.200.000 Mark übrig, die der An- geklagte Mudra dem Molen Kreuz veruntreut hat. Der Staatsanwalt beantragt schließlich wegen der verur- teilten Verleitung zum Meineid 1 Jahr 6 Monate Zuch- haus und wegen der Veruntreutungen und Schieber- geschäfte 4 Jahre Gefängnis. Er bittet, diese Strafen auf eine

Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus

zusammenzusetzen. Außerdem beantragt er 5 Jahre Ehrverlust. Ferner beantragt der Staatsanwalt we- gen verbotener Zigarettenfabrikation und Zigarettenver- kehrung eine Geldstrafe von 4.500.000 Mark. Als Strafmaßstab zieht der Staatsanwalt in Betracht, daß dem Angeklagten die Veruntreutungen so leicht gemacht worden sind.

Der Verteidiger bittet um eine möglichst gefinde- liche Strafe. Es sei für ihn eine völlig ausreichende Sühne wenn die Strafe durch die fast 2 Jahre währende Un- tersuchungshaft als verbüßt angesehen werde. Am Donnerstag wird die Verhandlung wieder ausgenom- men. Vormittags erhalten die Angeklagten das Schluß- wort. Das Urteil ist im Laufe des Donnerstags zu erwarten.

Eine schwere Ver- der nicht, die „S- schen Verb“ zur g- werden morgen d- Unterblieben nach- müßten wir auch ge- stigte Stadteror-

Aus C

Wohlfahr

Deutschlands w- meßliche. Wer d- die verderblich- änger als die D- Allerschwachen, Menschliches M- Reibder darf un- viel größere der- Seien wir der- jetzt schon wieder- Dringende Hilfe- wirken und mitte- nächst an die ver- seinem Gebiet ver- tendes Papierfab- groß, und die G- so tief im Entsch- eizes nicht endle- Deshalb hat- ihren letzten Eig- Armenpfleger, ge- gestellten Pläne d- bekannt und die- stellt. Sie beginn- mit Promenaden- und endet mit d- Gefangenen und- genden Sonntag- sollen durch Dar- Konzernt, Guitarr- ausgeführt werden- und Mühschau- des Rahmens bl- die am Samstag- Galleristatistinde- einzelnen in Fra- den Erbs der Ver- besondern Stills- usw. für die Kr- das Städtische W-

Die Wahl- schule bildete ge- Stadtverordneten- aufzusammenhan- wurde nach kurz- Presse!) zu dem- zupielten Erörter- nalsfrage in gehei- alfrstbericht erst- Thomas beantrag- Wahl des Kurat- den Standpunkt- Stadth. S. Meyer- den Kandidaten- Dr. P. e. e. Stadth. David M- des Vertrages d- auf den Kommun- von 1906 dar, de- die Parteilich dahi- legung des Behr- gung der beiden- Anstalten zu erst- Schließen auf- schen. Die Zahl- Konfessionen je- Standpunkt aus- gung sprechen. I- noch die Stadth- Graf, Stanislaw- herr Dr. Driman- Antrag Thomas- Kuratoriums zur- der deutschen W- die darauf beide- den Saal verließ- einstimmt Dr. S- Höheren Mädchen- am 28. August 1-

Die Wahl- schule bildete ge- Stadtverordneten- aufzusammenhan- wurde nach kurz- Presse!) zu dem- zupielten Erörter- nalsfrage in gehei- alfrstbericht erst- Thomas beantrag- Wahl des Kurat- den Standpunkt- Stadth. S. Meyer- den Kandidaten- Dr. P. e. e. Stadth. David M- des Vertrages d- auf den Kommun- von 1906 dar, de- die Parteilich dahi- legung des Behr- gung der beiden- Anstalten zu erst- Schließen auf- schen. Die Zahl- Konfessionen je- Standpunkt aus- gung sprechen. I- noch die Stadth- Graf, Stanislaw- herr Dr. Driman- Antrag Thomas- Kuratoriums zur- der deutschen W- die darauf beide- den Saal verließ- einstimmt Dr. S- Höheren Mädchen- am 28. August 1-

Die Wahl- schule bildete ge- Stadtverordneten- aufzusammenhan- wurde nach kurz- Presse!) zu dem- zupielten Erörter- nalsfrage in gehei- alfrstbericht erst- Thomas beantrag- Wahl des Kurat- den Standpunkt- Stadth. S. Meyer- den Kandidaten- Dr. P. e. e. Stadth. David M- des Vertrages d- auf den Kommun- von 1906 dar, de- die Parteilich dahi- legung des Behr- gung der beiden- Anstalten zu erst- Schließen auf- schen. Die Zahl- Konfessionen je- Standpunkt aus- gung sprechen. I- noch die Stadth- Graf, Stanislaw- herr Dr. Driman- Antrag Thomas- Kuratoriums zur- der deutschen W- die darauf beide- den Saal verließ- einstimmt Dr. S- Höheren Mädchen- am 28. August 1-

Die Wahl- schule bildete ge- Stadtverordneten- aufzusammenhan- wurde nach kurz- Presse!) zu dem- zupielten Erörter- nalsfrage in gehei- alfrstbericht erst- Thomas beantrag- Wahl des Kurat- den Standpunkt- Stadth. S. Meyer- den Kandidaten- Dr. P. e. e. Stadth. David M- des Vertrages d- auf den Kommun- von 1906 dar, de- die Parteilich dahi- legung des Behr- gung der beiden- Anstalten zu erst- Schließen auf- schen. Die Zahl- Konfessionen je- Standpunkt aus- gung sprechen. I- noch die Stadth- Graf, Stanislaw- herr Dr. Driman- Antrag Thomas- Kuratoriums zur- der deutschen W- die darauf beide- den Saal verließ- einstimmt Dr. S- Höheren Mädchen- am 28. August 1-

Die Per

Roman

41

„Und noch a- ein. „Aber al- Sie, glauben S- schafflich fort- will und haben- Spiegelungen n- ein solcher Geb- mein Wort!“

Die Per

Roman

41

„Und noch a- ein. „Aber al- Sie, glauben S- schafflich fort- will und haben- Spiegelungen n- ein solcher Geb- mein Wort!“

Die Per

Roman

41

„Und noch a- ein. „Aber al- Sie, glauben S- schafflich fort- will und haben- Spiegelungen n- ein solcher Geb- mein Wort!“

Die Per

Roman

41

„Und noch a- ein. „Aber al- Sie, glauben S- schafflich fort- will und haben- Spiegelungen n- ein solcher Geb- mein Wort!“

Die Per

Roman

41

„Und noch a- ein. „Aber al- Sie, glauben S- schafflich fort- will und haben- Spiegelungen n- ein solcher Geb- mein Wort!“

Elisav. schloß halb die Augen und versuchte an Achim zu denken, an ihre Liebe zu Achim, und stöhnend wurde ihr bewußt, daß sie Achim nie so geliebt hatte, wie sie jetzt Wolf liebte — von ganzem Herzen und von ganzer Seele. Hatten denn Tote noch ein Recht zu ihr Lebenden? Nein — tausendmal eint!

(Fortsetzung folgt.)

Küchen-Möbel

in nat. lack und gestrichen,
schöne schwere Modelle

**Ledersofas
Plüschsofas**

in la. Verarbeitung

Bettstellen

mit Matratzen kaufen Sie noch
zu billigen Preisen im

Möbelhaus

R. BAUML

Castrop, Viktoriastraße.

Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Auf Grund des § 13 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 (R. G. Bl. S. 581, 674) in der Fassung der Verordnung vom 24. November 1921 (R. G. Bl. S. 1370), § 111 der Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung vom 8. Dezember 1921 — III b 9433 M. f. S. Gen. 687 St. R. f. V. — und des Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe vom 21. Dezember 1921 (R. G. Bl. S. 1604) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Wer Lebens- oder Futtermittel im Einzelhandel feil-
setzt, ist verpflichtet, die feilgehaltenen Waren mit
Preisauszeichnungen (Preisschildern) zu versehen. Die
Preisschilder müssen die handelsübliche Einheit (Pfund,
Liter, Stück usw.) der betreffenden Ware und den dafür
erforderlichen Preis deutlich lesbar angeben.

§ 2.

Die Preisanföndigung gilt als Preisforderung im
Sinne der Verordnung gegen Preistreiberi vom 8.
Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395). Die angekünftigten
Preise dürfen nicht überschritten werden.

§ 3.

Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhan-
delt, wird, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine
schwerere Strafe verurteilt ist, mit Geldstrafe bis zu
einhundertfünfzig Mark bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1922 in
kraft.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
gez. Dr. Wärmeling.

Veröffentlicht

2266

Castrop/Rauzel, den 28. März 1922.

310

Der Magistrat.

Der Amtmann.

Einladung.

Die Stadtverwaltung Castrop beabsichtigt, in der
Zeit vom 30. 4. 1922 (Friedenssonntag) bis 7. Mai
1922 einschl. eine Wohlfahrtswoche zu veranstalten. Der
Ertrag soll den Bedürftigen der Stadt Castrop sowie
zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für das
städtische Altersheim verwandt werden.

Sämtliche Vereine, Gesellschaften, Klubs und sonstige
Interessenten werden hierdurch ergebenst zu der am
Sonntag, den 1. April abends 7 1/2 Uhr im Lokale
des Herrn Haller, am Markt, stattfindenden Besprechung
zu dem Beschlusse des Arbeitsprogramms usw. einge-
laden.

Es wird die dringende Bitte ausgesprochen, durch
zahlreiches Erscheinen das Interesse an dieser wichtigen
Angelegenheit zu bekunden.

Castrop, den 28. März 1922.

312

Der Protektor der Veranstaltung:
W. H. H. Bürgermeier.

Bekanntmachung.

Die Schuldenstelle an der kath. Schule Rauzel-
Schwerin — Frohndorferstraße — ist zum 1. Mai d. Js.
zu befreien.

Die Entschädigung beträgt jährlich 3420,— Mark.
Freie Dienstwohnung ist vorhanden.

Geeignete Bewerber werden ersucht, sich bis spä-
testens 5. April d. Js. im hiesigen Amtshaus (Zimmer
3) während der Dienststunden zu melden.

Rauzel, den 29. März. 1922.

Der Amtmann: Schulze.

Bekanntmachung.

Unter Abänderung unserer Bekanntmachung vom
21. Januar d. Js. wird hiermit die Höchstgrenze für
Mietzinsfestsetzungen in den Gemeinden Hablinghorst und
Rauzel mit Genehmigung des Herrn Wohlfahrtsam-
tlers auf 85 % für Wohnräume und 110 % für zu-
gewerbliche Zwecken herabgesetzt mit Wirkung vom
1. April 1922 festgelegt. Mit diesen erhöhten Sätzen
sollen alle Abgaben und laufenden Reparaturen abge-
gottet sein.

Hablinghorst/Rauzel, 28. März 1922.

Die Gemeindevorsteher:
Reguliert. Räder.

Barmer Bank-Verein

Binsberg, Filcher & Comp.

Viktoriastraße 19 Castrop Viktoriastraße 19

Aktienkapital und Reserven M. 510.000.000

Eröffnung von Check- u. laufenden Rechnungen

Verzinsung von Spargeldern

Effektenverkehr in Aktien, Kuxen und Obligationen

Zahlungsmittel an die Stadtkasse zu
entrichtenden Abgaben wie Steuern usw. 8918

Einföndung sämtlicher Zins- und Dividenden-Scheine.

Kassastunden: 9—1 Uhr vormittags.

Die neuesten Frühjahrs-Moden

in Leder-, Tüll-, Seiden- und Stroh-Hüten

Moderne Seiden-Strickjacken

und Jumper

in verschiedenen Preislagen. Umpreßhüte
bitte jetzt schon zu bringen. (Eig. Umpreß-Anstalt)

Frau Jul. Sons, Herne - Wilhelmstraße 37

Kein Laden.

1826

Eier sind teuer, darum nehmen Sie

Dr. Oetker's
Milch-Eiweiß-Pulver
mit Triebzusatz
Nahrungsmittelgebrauchsfertig wie
2-3 Eier
für Pfannkuchen,
Klöße, Kuchen,
Torten.
Man verlange Rezeptbuch C
in den Geschäften oder von
Dr. A. Oetker in Mülheim

Atelier Argleb

Münsterstraße 3

Spezialität:

Vergrößerungen und

Malereien

nach jeder

Photo-

graphie



Hühneraugen

werden Sie sicher los durch Hühner-
augen-Lebewohl. Hornhaut an
der Fußsohle beseitigt Lebewohl-
Ballen-Scheiben. Kein Verrutschen
kein Festkleben am Strumpf. Blechdose
4.— u. 6.— Mk.

A. Appelhaus, Widumerstraße 28.
Drogerie Holmann, Rauzel.
Friedr. Endemann, Merklende.

Kratze

entsetzt. Betthautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne
jede Berührung. Millionenfach bewährt. Geben
Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter
Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht
haben! Offene Füße, alte unheilbare Wunden,
behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dank-
sagungen beweisen 231

Frau Renkewitz, Homöopathie,
Henn, Gabelsbergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

Sämtliche Buchbinder-Arbeiten

liefert prompt 7884

Buchbinderei H. Krawinkel, Castrop-Schwerin.

Für das Revier Wittenerstr.-Kottenburg

suchen wir für sofort eine zuverlässige

Zeitungsbotin

Meldungen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Für sofort eine zuverlässige

Botin

für den Bezirk Ickern gesucht. Meldungen
in der Agentur Küper, Ickern, Königstraße.

Geburtsanzeigen
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Trauer-Anzeigen
Dankanzeigen

Postkarten
Zahlkarten
Paketkarten

Geschäfts-Umschläge
Rundschreiben
Rechnungen
Mitteilungen
Briefbogen

Geschäftsbücher
Durchschreibebücher
Kopierdrucksachen

Reklamendrucksachen
Massenaufgaben
Verzeichnisse
Broschüren
Handzettel
Plakate

Besuchskarten
Geschäftskarten

Paketzettel, gummierte
Lohnzettel
Lohnzettel

Castroper Zeitung

Abtlg. Buchdruckerei.

Rognak- Wein-, und
Literatiasdien

1980

kaufte

Arzt Thiel, Wittenerstr. 33

Zur Aufklärung!

Infolge Vorkommnisse war ich gezwungen, Herrn
Zahnarzt W. Maibauer am 18. März d. J. mit sofortiger
Wirkung aus meinen Diensten zu entlassen. Ich mache
hiermit meine geschätzte Kundschaft darauf aufmerksam,
daß der Zahnarzt Maibauer nicht mehr berechtigt ist,
in meinem Namen irgendwelche Aufträge entgegenzu-
nehmen, für mich zu behandeln und insbesondere
dürfen an Herrn Maibauer keine Zahlungen mehr ge-
leistet werden. Soweit von meiner Kundschaft irgend-
welche Damen oder Herren an Herrn Zahnarzt Mai-
bauer bereits Zahlungen geleistet haben, bitte ich die
in Frage kommenden Damen und Herren, sich unver-
züglich mit mir in Verbindung zu setzen, damit ihnen
Weiterungen erspart bleiben können. Um sämtliche
Unregelmäßigkeiten aufklären zu können, ist

meine Praxis v. Freitag, den 31. März mittags 12 Uhr
bis Montag, den 3. April 2 Uhr mittags geschlossen.

Im übrigen finden meine Sprechstunden nach wie vor statt

vormittags von 9—12 Uhr,
nachmittags von 2—6 Uhr.

Fritz Altenhein, Dentist.

2026

Deutscher Jugendbund (D.V.P.) Castrop.

Unsere Gründungsfeier verbunden mit der
Bismarckfeier ist auf den 1. April

verlegt.

Beginn 7,45 Uhr im Lokale des Herrn Lueg.

Ausweise am Eingang

2013

Großer
politischer
Nachrichten-
dienst
Bosische
Zeitung
Berlin

Monatlich 28.— Mk. bei allen
Postanstalten u. beim Verlag
Wasseln, Berlin S.W. 68.

Fast neue

2035

Bettstelle

mit guter Aufstellmatratze
zu verkaufen.

Frohlinderstraße 22, 1. Etg.

Sofort tragende

2014

Ziege

zu verkaufen. Raugel-D.

Dorfstraße 12

Großes Starks

2031

Milchschaf

2 mal lammend, steht zu

verkaufen

Sofort 50.

Ein Stamm, 8 junger in-

discher

2033

Laufenten

zu verkaufen.

Cottendorferstr. 71.

Nagut

Geflügelfutter

zur Erzielung unglaublich

vieler Eier auch ohne freien

Auslauf sowie: 2029

Kükenfutter

zur Aufzucht von Küken

empfehlen: G. Wimmers,
Drogerie, S. Hedrich jr.
Mühle, Castrop. Wilhelm
Griefel, Hablinghorst.

Christlicher, properer 2017

Junge gesucht

Alte Apotheke.

Circus Kuhlen

Castrop - Viehmarkt

Heute und folgende Tage

abends punkt 8 Uhr:

2027

Das große

Circus-Programm!!!

Vorverkauf am Circusgebäude

Leinöl la. dopp. gek.

keine

Misch-

ware.

Barnsteinfußbodenlackfarbe

über Nacht glashart und dauerhaft, sowie sämtliche

Lacke. Farben, Firnis, Schablonen,

Bohrerwachs u. s. w. 1163

Streichfertige Ölfarben

und Lackfarben aller Art liefert zu konkurrenzlosen

Preisen in guter Qualität direkt aus dem

Lagerverkaufraum! Kein Laden!

H. Hauelsen,

Lack- u. Farben-Industrie Dortmund

Fernruf 3836. Brunnenstraße 16 im Hol. Gegr. 1902

Zu erreichen durch Linie Nr. 6 Haltestelle Heroldstraße.

Suche zum 1. April ein

ev. ehtliches u. zuverlässiges

2016

für ganze oder halbe Tage

geht.

Schüler, Rauzel,

Kaiserstraße 13.

Sauberes, älteres

Mädchen

für kleinen Haushalt gesucht.

Dauerhafte. Angebote er-

bittet Frau Bürodirektor

Wils, Gieselerstraße d.

M.-Glabach. 1976

Sunnes 20 0

Mädchen

für halbe Tage gesucht.

Sofort 30.

Süngerer 2013

Morgen-

mädchen

sofort bezu. 1. April gesucht

Rauzel, Masing nahe 8.

Kinder-

mädchen

im Alter von 14. Jah. 2018

Zu erfragen in der Ge-

schäftsstelle dieser Zeitung.

Kinderloses Ehepaar sucht

für sofort

möbl. Zimmer

mit Kochgelegenheit. Bett,

Wäsche u. Geschirr vorband.

Schriftl. Angebote unter

2034 an die e Zeitung.

Anständiger, junger Mann

sucht zum 1. April

2033

Rost u. Logis

Nähe Zeche Erin bevorzugt.

Offerten unter Nr. 2033

an die Gesch. d. Ztg.

Wichtigste Nachrichten
aus der Provinz Westfalen
und der Provinz Ostfalen
aus der Provinz Pommern
aus der Provinz Brandenburg
aus der Provinz Sachsen
aus der Provinz Preußen
aus der Provinz Schlesien
aus der Provinz Bayern
aus der Provinz Württemberg
aus der Provinz Baden
aus der Provinz Elsaß-Lothringen
aus der Provinz Algier
aus der Provinz Marokko
aus der Provinz Tunis
aus der Provinz Syrien
aus der Provinz Libanon
aus der Provinz Persien
aus der Provinz Indien
aus der Provinz China
aus der Provinz Japan
aus der Provinz Korea
aus der Provinz Siam
aus der Provinz Birma
aus der Provinz Ceylon
aus der Provinz Java
aus der Provinz Sumatra
aus der Provinz Celebes
aus der Provinz Molukken
aus der Provinz Ostindien
aus der Provinz Südindien
aus der Provinz Südamerika
aus der Provinz Nordamerika
aus der Provinz Australien
aus der Provinz Neuseeland
aus der Provinz Afrika
aus der Provinz Asien
aus der Provinz Europa
aus der Provinz Amerika
aus der Provinz Ozeanien
aus der Provinz Antarktika

Größte Anzeigen-
blätter in
Deutschland
Verantwortlich:
Herausgeber: J. B.

Druck:
Verlag: J. B.

Abonnenten:
Preis: J. B.

Verkauf:
J. B.

Postamt:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.

Telefon:
J. B.

Telegraph:
J. B.